



Hochwasserrisikomanagement – Maßnahmenumsetzung
Stand 2017

Planungseinheit Inn (Salzach bis Rott) (INN_PE04)

Für die Erstellung des bayerischen Hochwasserrisikomanagement-Plans Donau bewerteten die betroffenen Städte und Gemeinden 2014 ihr Hochwasserrisiko und wählten Maßnahmen aus, die zur Risikoreduktion bis 2021 umgesetzt werden (lokale Ebene). Auch den Kreisverwaltungsbehörden (KVB), Wasserwirtschaftsämtern (WWA) und Regierungen standen auf sie zugeschnittene Maßnahmen zur Wahl (regionale Ebene). 2017 erfolgte eine Evaluation des Umsetzungsstandes der 2014 geplanten Maßnahmen. Nachfolgend sind die wichtigsten Ergebnisse der Evaluation aus der Planungseinheit INN_PE04 zusammengefasst.

1 Überblick

Wichtigstes Risikogewässer in der Planungseinheit ist der Inn. Zudem weisen einige kleinere Gewässer ein besonderes Hochwasserrisiko auf. Insgesamt summieren sich die Risikogewässer in der Planungseinheit auf 73 km.

Extreme Hochwasserereignisse treten vorwiegend durch die Kombination von lange anhaltenden, ergiebigen Regenerereignissen (Stauregen am Alpennordrand, Vb-Wetterlagen) mit vorausgehenden Niederschlägen (hohe Vorsättigung der Böden) und/oder Schneeschmelze in den Monaten Mai bis August auf. Bei den kleineren Risikogewässern können auch extreme lokale Starkregenereignisse zu großen Überschwemmungen führen.

2 Beteiligung Evaluation

Insgesamt sind in dieser Planungseinheit 9 Kommunen von Überflutungen durch die Risikogewässer bedroht. 5 davon haben sich an der Evaluation beteiligt. Die Beteiligungsquote liegt mit 56 % etwas unter dem bayerischen Mittelwert von 63 % (Verteilung siehe Abb. 1). Auf regionaler Ebene (KVB, WWA und Regierungen) haben sich alle 4 Akteure beteiligt (= 100 %, Mittelwert Bayern 88 %).

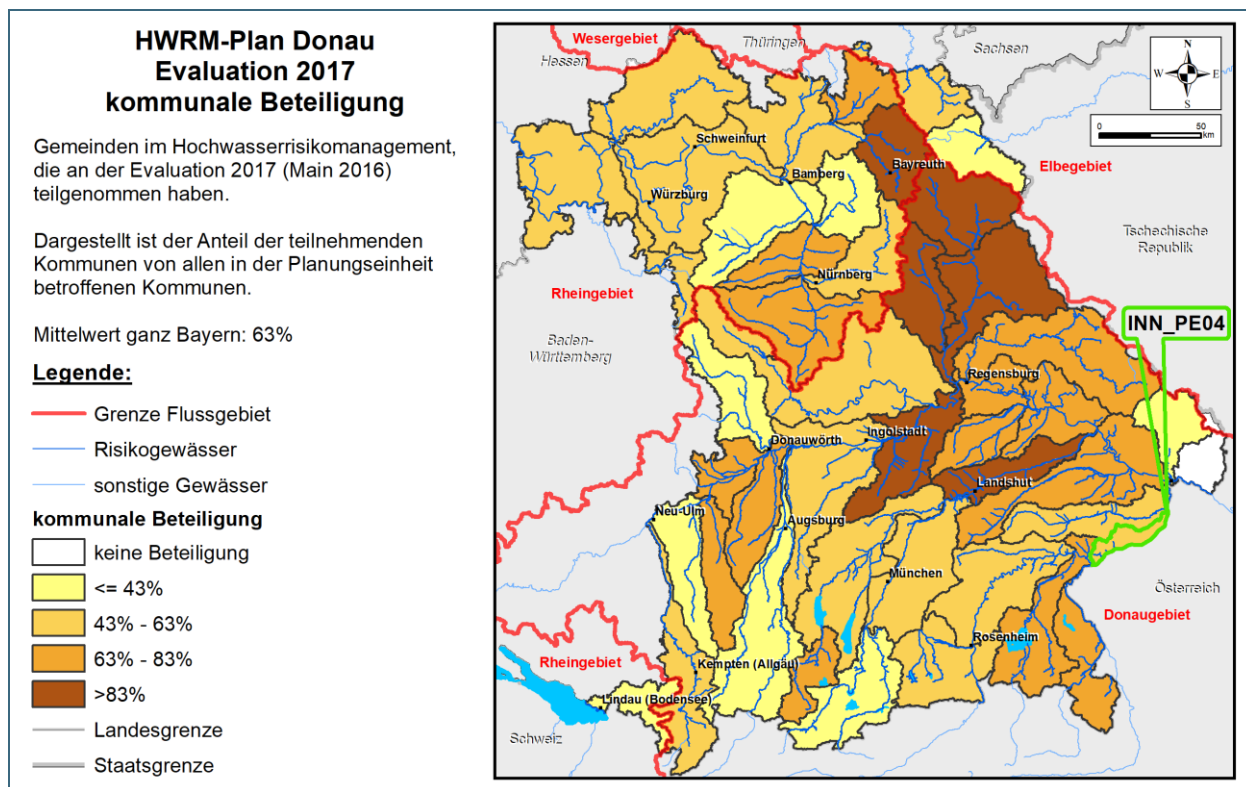


Abb. 1: Prozentuale kommunale Beteiligung an der Evaluation 2017 in den Planungseinheiten

3 Umsetzungsstand der geplanten Maßnahmen zur Risikoreduzierung

Das Ergebnis der kommunalen Risikobewertung 2014 in der Planungseinheit war, dass das Risiko insgesamt gesehen etwas unter dem Durchschnitt an der bayerischen Donau liegt. Der Grund dafür ist vor allem ein relativ geringes Risiko bei einem 100-jährlichen Ereignis. Trotzdem erfolgte eine vergleichsweise eifrige Maßnahmenauswahl. Insgesamt wurden lokal 46 % und regional 78 % aller möglichen Maßnahmen gewählt (zum Vergleich bayerische Donau gesamt: lokal 38 %, regional 66 %).

3.1 Umsetzungsstand der lokalen Maßnahmen

Wie die an der Evaluation 2017 teilnehmenden Kommunen den aktuellen Umsetzungsstand dieser Maßnahmen angeben ist in Abb. 2 zu sehen. Abb. 3 zeigt die gleiche Darstellung für die Maßnahmen der regionalen Akteure.

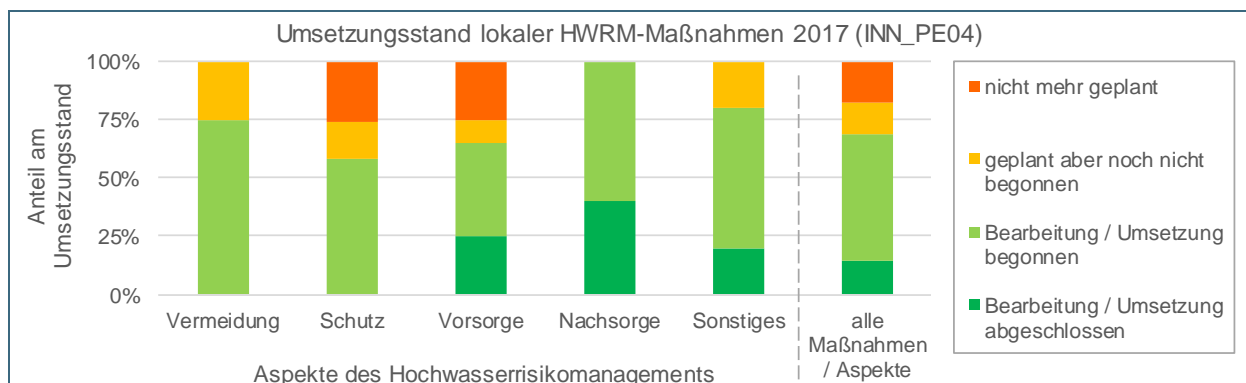


Abb. 2: Umsetzungsstand der lokalen Maßnahmen von Kommunen, die an der Evaluation teilgenommen haben – aufgeteilt je Aspekt und in Summe für alle evaluierten Maßnahmen

Auffällig beim kommunalen Maßnahmenumsetzungsstand im Vergleich zu anderen Planungseinheiten ist, dass alle Nachsorgemaßnahmen bereits begonnen oder abgeschlossen sind. Ein Grund dafür ist die Tatsache, dass fast alle Kommunen in den letzten Jahren ein Hochwasserereignis zu ertragen hatten (siehe Kapitel 4). Auch dadurch sind insgesamt schon etwas mehr Maßnahmen „begonnen“ oder „abgeschlossen“ als anderswo. Größer als sonst oft ist aber auch der Anteil an „nicht mehr geplanten“ Maßnahmen in den Aspekten Schutz und Vorsorge.

3.2 Umsetzungsstand der regionalen Maßnahmen

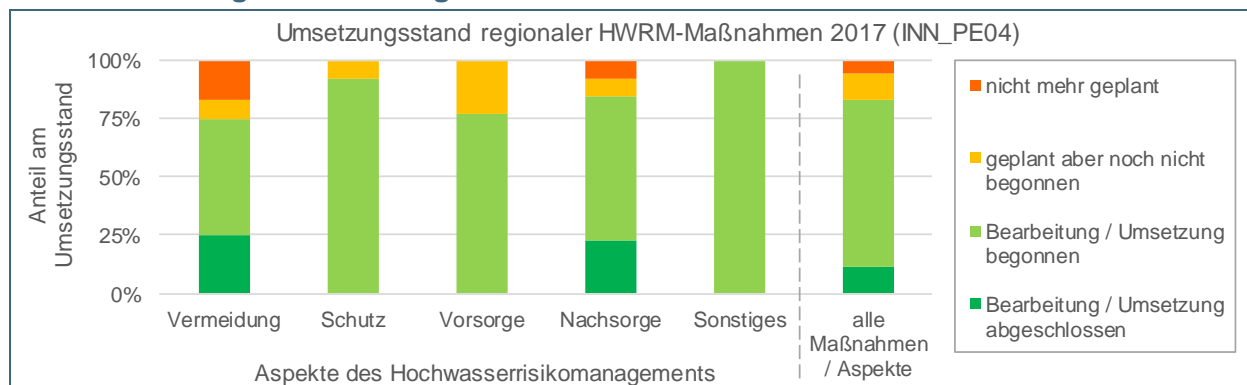


Abb. 3: Umsetzungsstand der regionalen Maßnahmen (KVB, WWA und Regierungen) – aufgeteilt je Aspekt und in Summe für alle Maßnahmen

Auch auf regionaler Ebene sind bereits mehr Maßnahmen „begonnen“ oder „abgeschlossen“ als beim Durchschnitt der Gesamtevaluation. Bei den Vermeidungsmaßnahmen sind jedoch mehr Maßnahmen als sonst „nicht mehr geplant“.

3.3 Besonderheiten bei der Maßnahmenumsetzung (Einzelmaßnahmen)

Für dieses Kapitel werden nun besonders auffällige Einzelmaßnahmen auf lokaler Ebene genauer ausgewertet. Als Ergebnis wird im Folgenden aufgezeigt, welche Maßnahmen bei der Umsetzung schon relativ weit fortgeschritten sind und welche eher Probleme in der Umsetzung bereiten (siehe Tab. 1 und Tab. 2). Dabei wurden nur Maßnahmen berücksichtigt, die von mindestens 15 % aller Kommunen der Planungseinheit geplant und evaluiert wurden.

Tab. 1: **Lokale Maßnahmen, deren Umsetzung gut voranschreitet** – dargestellt sind die Maßnahmen, die zu einem besonders hohen Anteil bereits begonnen wurden oder abgeschlossen sind

Nr.	Aspekt	Kurzbeschreibung Maßnahme	begonnen bzw. abgeschlossen
318.2	Schutz	Überprüfung Freibord bei bestehenden technischen Hochwasserschutzanlagen	100 %
320.1	Schutz	Durchführung der technischen Gewässeraufsicht bzw. Durchführung der Gewässerschau und Begehung an Gewässern III. Ordnung	100 %
320.2	Schutz	Gewässerunterhaltung hochwasserangepasst	100 %
324.4	Vorsorge	Übungen für Einsatzkräfte	100 %
325.8	Vorsorge	Benennung von Koordinatoren innerhalb der Verwaltung	100 %
328.3	Nachsorge	Überprüfung/ Dokumentation von Hochwasserereignissen und Schäden an/ in Gewässern, HWS-Anlagen und Schutzgebieten	100 %

Sehr ernst genommen werden in dieser Planungseinheit Überprüfungsaufgaben von Gewässern und Schutzanlagen. Aber auch zwei Vorsorgemaßnahmen wurden, überall wo diese geplant waren, erfolgreich begonnen.

Tab. 2: **Lokale Maßnahmen, deren Umsetzung Probleme bereitet** – dargestellt sind die Maßnahmen, die zu einem besonders geringen Anteil bereits begonnen wurden oder abgeschlossen sind

Nr.	Aspekt	Kurzbeschreibung Maßnahme	begonnen bzw. abgeschlossen
315.2	Schutz	Erstellung von Rückhaltekonzepten für Gewässer III. Ordnung	0 %
318.1	Schutz	Unterhaltung von vorhandenen stationären und mobilen Schutzbauwerken	0 %
316.1	Schutz	Betrieb, Unterhaltung und Sanierung von Hochwasserrückhaltemaßnahmen	33 %

Einen Anteil „begonnen/abgeschlossen“ am Umsetzungsstand von unter 50 % haben in dieser Planungseinheit nur drei der häufiger geplanten Maßnahmen. Dabei handelt es sich ausnahmslos um Schutzmaßnahmen.

3.4 Umsetzungsstand nach Priorität

Bei der Maßnahmenplanung 2014 wurde vom jeweiligen Akteur zu jeder Maßnahme vermerkt, wie dringend diese umzusetzen ist (hohe, mittlere oder geringe Priorität). Abb. 4 zeigt den Umsetzungsstand von allen evaluierten Maßnahmen der Planungseinheit (lokal und regional) in Abhängigkeit von der 2014 gewählten Prioritätsklasse.

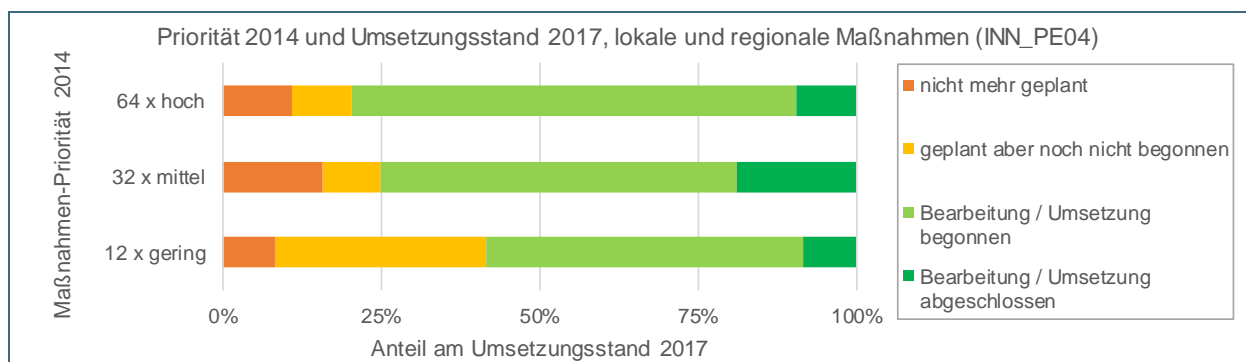


Abb. 4: Umsetzungsstand der 2014 gewählten und priorisierten Maßnahmen, über die Evaluationsergebnisse aus 2017 vorliegen - Planungseinheit INN_PE04

Man erkennt, dass der Anteil der grünen Balken (begonnene und abgeschlossene Maßnahmenumsetzung) höher ist, wenn die Priorität höher ist. Die wichtigeren Maßnahmen werden also bevorzugt angegangen. Die höchsten Anteile „Umsetzung abgeschlossen“ verzeichnen aber die Maßnahmen mittlerer Dringlichkeit.

4 Einschätzung der Risikoveränderung 2014-2017

Ohne vertiefte Risikoanalyse wurden die Akteure (Kommunen, KVB, WWA und Regierungen) bei der Evaluation auch nach ihrer subjektiven Einschätzung zur Risikoänderung befragt.

Welche Angaben die an der Umfrage teilnehmenden Akteure 2017 gemacht haben, ist in Abb. 5 zu sehen. Interessant ist dabei die Frage, ob innerhalb des befragten Zeitraumes ein signifikantes Hochwasserereignis vor Ort stattgefunden hat, da dies meist das Risikobewusstsein erhöht (ggf. mit Wellen gekennzeichnete Bereiche in Abb. 5).

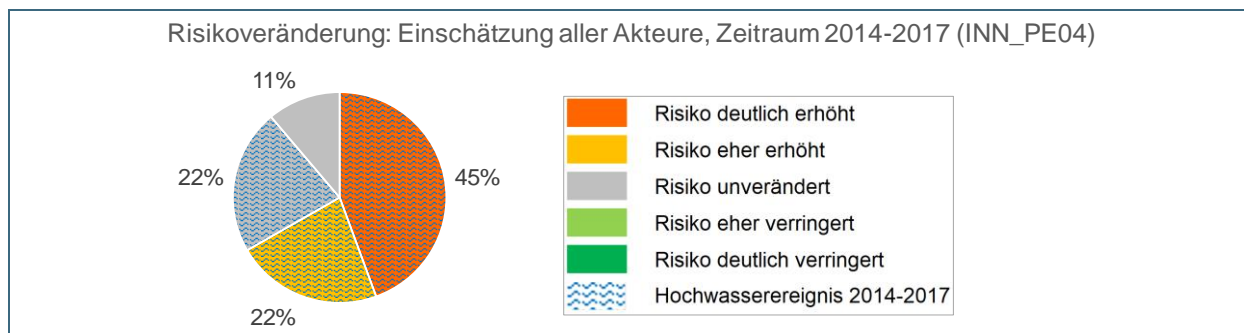


Abb. 5: Anteile der Nennungen zur Risikoänderung seit 2014 von den 2017 antwortenden Akteuren der Planungseinheit INN_PE04. Bereiche mit Wellen (ggf.): Anteil der Akteure mit signifikantem Hochwasserereignis seit 2014

Die Einschätzung der Risikoänderung in der Planungseinheit ist geprägt von den zum Teil verheerenden Erfahrungen mit Starkregenereignissen in den letzten Jahren. So gibt auch fast die Hälfte der Akteure an, dass Sie ein deutlich erhöhtes Risiko sehen. Fast ein Viertel sieht ein etwas erhöhtes Risiko. Kaum eine Planungseinheit hat einen so geringen Anteil an Einschätzungen „Risiko unverändert“. Eine Verringerung des Risikos kann nach den Ereignissen die letzten Jahre keiner der Befragten erkennen.

Impressum:

Herausgeber:

Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU)
Bürgermeister-Ulrich-Straße 160
86179 Augsburg

Telefon: 0821 9071-0

Telefax: 0821 9071-5556

E-Mail: poststelle@lfu.bayern.de

Internet: www.lfu.bayern.de

Bearbeitung:

Ref. 69

Bildnachweis:

LfU

Stand:

Juli 2018

Postanschrift:

Bayerisches Landesamt für Umwelt
86177 Augsburg

Diese Publikation wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von den Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Publikation nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Publikation zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden. Bei publizistischer Verwertung – auch von Teilen – wird um Angabe der Quelle und Übersendung eines Belegexemplars gebeten.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind vorbehalten. Die Broschüre wird kostenlos abgegeben, jede entgeltliche Weitergabe ist untersagt. Diese Broschüre wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Für die Inhalte fremder Internetangebote sind wir nicht verantwortlich.



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Tel. 089 122220 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.